

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Betreff:

**Konzeption der Bürgerbeteiligung für die
Erstellung eines Verkehrskonzepts für
Rohrbach West Genehmigung von
überplanmäßigen Mitteln**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 05. Oktober 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Rohrbach	12.07.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	12.09.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	19.09.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	02.10.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirat Rohrbach, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat stimmen der vorgeschlagenen Konzeption für eine Bürgerbeteiligung im Rahmen der Erstellung eines Verkehrskonzepts für Rohrbach West zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt überplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt 70.000 € im Teilhaushalt 81, Kostenstelle 8100P301. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Minderaufwendungen bei den Zinsaufwendungen im TH Allgemeine Finanzwirtschaft.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Struktur und Ablauf Runder Tisch

Sitzung des Bezirksbeirates Rohrbach vom 12.07.2012

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 12.09.2012

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2012

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 02.10.2012

Ergebnis: einstimmig beschlossen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO 1		Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung: Die beschriebenen Maßnahmen fördern den umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr Ziel/e:
MO 2		Minderung der Belastung durch den motorisierten Verkehr Begründung: Maßnahmen zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs Ziel/e:
SL 11		Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern Begründung: Durch das Verkehrskonzept sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die schwächeren Verkehrsteilnehmer öffentlichen Verkehrsraum vielfältiger und sicher nutzen können Ziel/e:
DW 1		Familienfreundlichkeit fördern Begründung: Verbesserung für Kinder, Eltern mit Kleinkindern und mobilitätseingeschränkte Personen

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Ausgangslage

Der Bezirksbeirat hat in seiner Sitzung am 8.11.2011 die Erstellung eines Verkehrskonzeptes unter Beteiligung des Bezirksbeirates, Quartiersverein, Bürgern und Gewerbetreibenden unter Einrichtung eines runden Tisches gefordert. Das Konzept soll neben dem Quartier am Turm auch das Umfeld erfassen, insbesondere die Planungen zum Nahversorgungszentrum und dem Bebauungsplan Holbeinring. Dazu gehört auch die Entlastung der Fabrikstraße vom Durchgangsverkehr.

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Gemeinderat haben in ihren Sitzungen vom 16.11. und 15.12.2011 die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Verfahrensvorschlag vorzulegen.

Für die Bürgerbeteiligung soll der Entwurf der „Leitlinie für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“ angewandt werden; die endgültige Beschlussfassung über den Leitlinienentwurf soll im Gemeinderat am 25.7.2012 erfolgen. Die sofortige Anwendung der Leitlinien ist für die Zeit bis zur Beschlussfassung empfohlen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde ein Konzeptvorschlag zur weiteren Vorgehensweise erarbeitet und in der Bezirksbeiratssitzung am 1.3.2012 mündlich vorgestellt. Die Anregungen aus dieser Sitzung wurden in das Beteiligungskonzept integriert und mit Schlüsselpersonen in der

Besprechung am 15. Mai 2012 abgestimmt. Schlüsselpersonen sind: Vertreter des Bezirksbeirats, des Stadtteilvereins, des Beirats von Menschen mit Behinderungen, des Vereins Quartier am Turm Rohrbach e.V. und der Initiative Parken in der Franz-Kruckenbergr-StraÙe.

2. Beteiligungskonzept

Der Runde Tisch wird durch ein Moderationsbüro geleitet und von einem externen Verkehrsbüro fachlich begleitet. Die Themen und der Umfang des Verkehrskonzepts werden gemeinsam von den Teilnehmern des Runden Tisches entwickelt und festgelegt. Ziel ist die Entwicklung eines Handlungskonzepts mit Prioritäten.

Das Beteiligungskonzept zeichnet sich durch den Wechsel von öffentlichen Veranstaltungen und internen Sitzungen des Runden Tisches aus.

Es beginnt mit einem öffentlichen Auftaktgespräch, bei dem die Ausgangslage dargestellt wird, Probleme analysiert und lokalisiert und Ideen für mögliche Maßnahmen gesammelt werden. In der ersten Sitzung des Runden Tisches geht es vor allem darum, Handlungsrahmen zu bestimmen und Zielsetzungen zu formulieren. In der zweiten Sitzung sollen die zwischenzeitlich durch die Verwaltung und den Verkehrsgutachter erarbeiteten Lösungsansätze bewertet und ausgewählt werden.

Danach ist ein offenes Werkstattgespräch vorgesehen, in dem die Zwischenergebnisse aus den Runden Tischen in die Öffentlichkeit rückgekoppelt werden.

In der dritten Sitzung des Runden Tisches werden dann die Handlungsansätze definiert und Empfehlungen formuliert.

Den Abschluss bildet eine weitere öffentliche Veranstaltung zur Rückkopplung der Ergebnisse in die Öffentlichkeit.

Schließlich werden die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung in den politischen Beratungsprozess eingebracht (s. Anlage Nr. 0224/2012/BV).

Mit dieser Vorgehensweise ist gewährleistet, dass die Öffentlichkeit immer wieder in den Prozessablauf einbezogen, eine vollständige Transparenz sichergestellt und das Verfahren für alle Beteiligte und Dritte nachvollziehbar ist.

Die Zusammensetzung des Runden Tisches ist mit den Schlüsselpersonen im Beteiligungsverfahren vorabgestimmt und umfasst folgenden Personenkreis:

- Vertreter des Bezirksbeirats: Frau Weidenheimer, Herr Herbold und Herr Kaufmann
- Vertreterin des Stadtteilvereins: Frau Schenk
- Vertreter des Beirats von Menschen mit Behinderungen: Herr Hilligardt
- Vertreter des Verein Quartier am Turm Rohrbach e.V.: Herr Gaukel
- Vertreterin der Initiative Parken in der FKS: Frau Esa
- der/die Kinderbeauftragte
- ein Vertreter/eine Vertreterin aus dem Eichendorff-Forum
- ein Vertreter des Heimbeirats/Agaplesion
- ein Vertreter aus dem Gewerbe/Einzelhandel
- ein Vertreter der Internationalen Gesamtschule
- ein Vertreter der Studierenden
- Amt für Verkehrsmanagement
- vier interessierte Bürger

Daneben werden Mitarbeiter des Moderationsbüros und des Verkehrsplanungsbüros an den Sitzungen des Runden Tisches teilnehmen. Weitere Vertreter der Stadt Heidelberg können bei Bedarf hinzukommen.

Das Auswahlverfahren für die „interessierten Bürger“ soll wie folgt abgewickelt werden. Es erfolgt eine öffentliche Ausschreibung in der Tageszeitung und den Veröffentlichungsblättern im Stadtteil. Die Auswahl erfolgt durch Losverfahren beim Amt für Verkehrsmanagement. Voraussetzung für die Bewerber ist, dass der Wohnsitz im Untersuchungsgebiet liegt und der/die Betreffende nicht schon in einer anderen Gruppe organisiert ist. Mindestens zwei der Bürger/innen sollen nicht im Quartier am Turm wohnen, da dieses schon durch mehrere Personen vertreten ist.

3. Zeitplan

Die Vorarbeiten und Vorbereitungen für die Bürgerbeteiligung sollen im 2. und 3. Quartal 2012 erfolgen. Der Start der Bürgerbeteiligung ist mit dem Auftaktgespräch für Oktober 2012 vorgesehen.

Aus heutiger Sicht wird der Beteiligungsprozess Ende 2013 abgeschlossen sein.

4. Kostenrahmen

Die voraussichtlichen Kosten für die Bürgerbeteiligung und das Verkehrskonzept belaufen sich auf ca. 70.000.- Euro, wovon auf das Moderationsbüro ca. 45.000.- Euro entfallen und für das Verkehrsgutachten ca. 25.000.- Euro anzusetzen sind. Die erforderlichen Mittel sind im Teilhaushalt des Amtes 81 im Jahr 2012 nicht vorgesehen und werden deshalb überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Zinsaufwendungen im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft.

Kostenschätzungen für die Umsetzung des Verkehrskonzepts können erst nach Abschluss des Prozesses erfolgen. Mittel für größere Maßnahmen können frühestens im Haushalt 2015/2016 vorgesehen werden.

gezeichnet

Bernd Stadel